

worben. Im Zentrum haben sich für den Quenischen Vorschlag nur sechs Stimmen gefunden, und in Folge dessen sind auch diejenigen Freisinnigen, welche bereit waren, bei der Durchführung des Kompromisses starke Hand zu leisten wieder in die frühere Oppositionsstellung zurückgetreten. Es wird also zur Auflösung kommen. Die Kreuzstg. betrachtet, daß dieselbe die kaiserliche Genehmigung erhalten und daß auch der Bundesrat keine Zustimmung bereits gegeben habe. Die Neuwahlen dürften alsdann binnen kürzester Frist ausgeschrieben werden. Es ist vor der Hand wenig Aussicht vorhanden daß der kommende Reichstag sich zur Militärvorlage, an der festzuhalten die verbündeten Regierungen durchaus entschlossen sind, günstiger stellen werde, als sein Vorgänger. Dann wird es wohl zum Konflikt kommen und vielleicht sogar zu einer Lösung der Frage, wie 1866 in Preußen. Ob vordem noch eine Probe auf dem Schlachtfelde bestanden werden muß, wie damals — wer möchte das behaupten oder bestreiten?!

— Von dem Abgeordneten A d e r m a n n und 28 anderen konservativen Reichstags-Abgeordneten ist dem Reichstage gestern der Entwurf eines Gesetzes bezüglich der Einführung der Doppelwährung zugegangen. Die wesentlichsten Bestimmungen des Entwurfes lauten:

§ 1. An Stelle der in Deutschland geltenden Goldwährung tritt die Gold- und Silberwährung. Die Rechnungseinheit bildet die Mark, welche in 100 Pfennige eingetheilt wird.

§ 15. Von Eintritt der Reichs Gold- und Silberwährung an können alle Zahlungen, welche bis dahin in Reichs-Goldmünzen zu leisten waren, in Reichs-Gold- und Silbermünzen geleistet werden.

§ 16. Der Zeitpunkt, an welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, wird durch eine mit Zustimmung des Bundesraths zu erlassende, mindestens drei Monate vor dem Eintritt dieses Zeitpunkts zu verfallende Verordnung des Kaisers bestimmt.

Zur Ausprägung sollen gelangen, wie bisher in Gold: Zwanzig- und Zehnmärkstücke; in Silber: Fünf-, Zwei- und Einmark-, sowie Fünzigpfennigstücke. — Der gegenwärtige Reichstag wird sich mit dem Entwurfe schwerlich noch befassen können.

— m. Der Herr Kultusminister Dr. B o s s e hatte zum Donnerstag Abend eine zahlreiche Gesellschaft von Abgeordneten und hohen Staatsbeamten zu sich eingeladen, um denselben vom Herrn Geheimen Raths Dr. M e y e r b a u e r einen Vortrag über das Meßbild Verfahren halten zu lassen. Die Anregung dazu hatte der Landtagsabgeordnete G r e m e r durch eine Anfrage zu dem betreffenden Capitel des Etats gegeben. Die durch viele photographische Aufnahmen erläuterte Darstellung des Vortragenden begegnete einem allseitig regen Interesse. Den Schluß bildete ein längeres geselliges Beisammensein, bei welchem ein reich und geschmackvoll besetztes Buffet und guter flüssiger Stoff den materiellen Mittelpunkt bildeten. Der Herr Kultusminister scheint sich trefflich darauf zu verstehen, das Angenehme mit dem Nützlichen zu vereinen.

— Das Befinden des Königs Otto von Bayern wird in Berichten aus München als bedenklich bezeichnet. Infolge der andauernden Belagerung des Königs, Nahrung zu sich zu nehmen, ist ein plötzlicher Kräfteverfall eingetreten, welcher eine Katastrophe in nahe Aussicht stellt.

— Einer Mittheilung aus K o b u r g zufolge enthalten die auswärts verbreiteten Gerüchte über eine Erkrankung des Herzogs Ernst durchaus der Begründung. Nach den neuesten Berichten aus Nizza befindet sich Herzog Ernst im besten Wohlfühlen.

— Wie aus Bern gemeldet wird, hat Se. Majestät der Kaiser folgendes Telegramm an den Bundespräsidenten Schenk gerichtet:

„Es liegt Mir am Herzen, Ihnen beim Verlassen des Schweizer Bodens Meinen und der Kaiserin aufrichtigsten Dank für die freundliche Begrüßung seitens des Bundesraths und für den sympathischen Empfang, der Uns seitens des Schweizer Volkes zu Theil geworden, zu wiederholen und Ihnen als Repräsentanten der Schweiz und ihrer Bürger Meine besten Wünsche zur Gegenwart und Zukunft des Landes auszusprechen.“
Wilhelm.“

Außerdem hat sich der deutsche Gesandte Dr. Busch zu dem Bundespräsidenten begeben, um demselben im Auftrage des Kaisers noch ganz speziellen Dank für den sympathischen Empfang auszusprechen.

— Der Kaiser von Oesterreich ist als König von Ungarn am 3. ds., Morgens 5 Uhr 40 Minuten in Pest eingetroffen. Auf dem Bahnhofe hatten sich der Ministerpräsident Dr. W e k e r l e mit den übrigen Ministern, zahlreiche Abgeordnete ohne Unterschied der Parteistellung, darunter Graf Apponyi und Stoloman Tisza, die Bischöfe sowie Vertreter der Gemeinde und zahlreiche andere Persönlichkeiten eingefunden. Der Kaiser zeichnete den Ministerpräsidenten durch eine Ansprache aus,

reichte den Ministern und dem Erzbischof C z a s z k a die Hand, sprach auch den Abgeordneten T i s z a sowie den Bürgermeister an und fuhr sodann unter enthusiastischen Ehrenrufen der dichtgedrängten Spalier bildenden Menge in einer Hofequipe, welcher zahlreiche andere Wagen folgten, nach der Hofburg.

— In den romanischen Ländern unseres Erdtheils scheint sich eine höchst eigenthümliche Praxis herauszubilden, um den gekrönten Häuptern zu zeigen, daß die Scheu vor der Majestät in gewissen Kreisen stark im Schwinden begriffen ist. Es muß mit der auf jenem Boden immer weiter getriebenen Durchführung konstitutioneller Regierungsformen zusammenhängen, daß man die Könige nicht mehr mit der Waffe, sondern mit der Insulte bedroht. Der König von Portugal hat schon mehrfach gegen ihn gerichtete Scandale auf der Straße erleben müssen; dem König von Italien warf vor einiger Zeit ein verkommenes Individuum eine mit Urath angefüllte Papierbute in den Wagen, und nunmehr meldet der Telegraph aus M a d r i d : Während die Königin-Regentin am 30. April cr. durch die Calle de Alcalá fuhr, sprang ein Betrunkener auf den Wagenschlag und insultirte die Königin welche sich in die äußerste Ecke des Wagens aufs Heftigste erschreckt, zurückzog. Ein Schutzmann war schnell zur Stelle, um den Uebelthäter zu verhaften. Auf dem Polizeirevier gab derselbe seinen Namen als Bernardo Vandenlen an. — Es erweist sich hinterher zwar meistens, daß diese Verbrecher gegen die Majestät geistesgekräftigt sind. Aber wenn Methode in den Wahnsinn kommt, wird er durchweg doppelt gefährlich. Und hier scheint Methode vorzuliegen.

— Die Ueberschwemmungen im Staate Ohio (Nordamerika) dauern noch fort. Das große Wasser-Sammelbecken bei Levisone ist am 3. d. M. früh 4 Uhr geplatzt und die Wassermassen haben in der Umgegend große Verwüstungen angerichtet; 20 Personen sollen hierbei das Leben verloren haben. Auch der südliche Theil von Ohio, die Gegend des Scioto und seiner Nebenflüsse, wo viel Getreidebau getrieben wird, hat durch die Ueberschwemmungen sehr gelitten.

— Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, ist der brasilianische Congress am 3. Mai eröffnet worden. Der Präsident der Republik Getulio confitirte in seiner Eröffnungsrede die guten Beziehungen Brasiliens zum Auslande und kündigte große Arbeiten zum Zweck der Förderung der Einwanderung an. Ferner erklärte der Präsident die finanzielle Lage für gebessert und schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens in die Erhaltung des Friedens.

— Das Protokoll über die Regelung der Grenzstreitigkeiten zwischen Chili und Argentinien ist am 1. Mai von der chilenischen Regierung unterzeichnet worden.

Aus den Parlamenten. Deutscher Reichstag.

Berlin, 4. Mai.

— Die zweite Verathung der Militärvorlage wird bei stark besetztem Hause fortgesetzt. Abg. Richter (freil.) bezeichnet eine so kolossale Heeresvermehrung, wie sie hier gefordert werde, als unnöthig, da Deutschland hinreichend stark sei und sich zudem auf den Dreibund stützen könne. Die militärischen Sachverständigen urtheilten einseitig und könnten nicht allein den Ausschlag geben. Deutschland habe schon größere Militärlasten, als die übrigen Großmächte, die Finanzlage sei so ungünstig, daß schon für kulturelle Zwecke das Geld fehle. Der Reichskanzler habe die Konservativen gestern gelobt, aber dieselben Konservativen erwiderten jetzt einen Bund der Lebensmittelvertheurer. Man spreche von einem Konflikt; aber wenn der Reichstag eine Maßregel ablehne, müsse sie eben unterbleiben, sonst werde Verfassungsbruch geübt, und die Revolution von oben vorbereitet. Gott möge die Regierung vor ihren Freunden schützen, besonders vor dem Abg. v. Huene. (Beifall links, Zischen rechts.) Reichskanzler Graf C a p r i v i erwidert, die Regierung sei stolz, den Abgeordneten v. Huene zu ihren Freunden zählen zu dürfen. Abg. Richter wolle eben die Nothwendigkeit der neuen Vorlage nicht einsehen. Deutschland müsse so stark sein, daß in einem neuen Kriege der Feind überhaupt nicht ins Land käme, denn dann würden Lasten und Kosten weit größer sein. Die Vorlage sei im Interesse der Sicherheit des Deutschen Reiches erforderlich, wenn auch die Reichsregierung bereit sei, sich mit dem Antrag Huene zu begnügen. Wenn Neuwahlen erforderlich werden sollten, werde der Antrag Huene die Wahlparole der Regierung sein. (Beifall rechts.) Abg. Frhr. v. S t u m m (freilon.) beantwortet den Antrag Huene, der geeignet erscheine, eine Verständigung herbeizuführen, ohne die Sicherheit des Reiches zu gefährden. Abg. W e b e l (Soz.) erklärt sich gegen die Militärvorlage, die der ganzen modernen Kulturentwicklung zuwiderlaufe. Er hoffe, daß bei den bevorstehenden Neuwahlen die Ideen der Arbeiterbevölkerung den Sieg über die Reichsregierung davontragen würden. — Alsdann wird die Weiterverhandlung der Militärvorlage bis Freitag Mittag 12 Uhr vertagt. Ob Freitag Spätnachmittag die Abstimmung erfolgen wird, ist fraglich, wenn auch nicht unmöglich. Wahrscheinlich erfolgt die Entscheidung am Sonnabend Abend.

Preussischer Landtag.

Berlin 4. Mai.

— [Abgeordnetenhaus.] 75. Sitzung vom 4. Mai 11^{1/2} Uhr. Das Haus erledigt ohne Debatte eine Reihe kleiner Vorlagen betr. die Veränderung von Amtsgerichtsbezirken, Errichtung neuer Amtsgerichte, sowie einige Rechnungssachen und tritt sodann in die zweite Verathung der neuen Volksbuchvorlage ein. § 1, welcher die Vereinnahmung der aufgesammelten Einkommensteuer-Ueberflüsse zum Staatsfonds bestimmt und vom Jahre 1895 ab jährlich 3 Millionen Mark zu Gehaltsbesserungen für Lehrer, 1 Million Mark zu Schulbauten, sowie 6 Millionen Mark einmaliger Ausgaben für letzteren Zweck verlangt, ist von der mit der Spezialberatung beauftragten Kommission dahin geändert worden, daß für die nächsten zwei Jahre je 2 Millionen Mark als Beihilfen an bedürftige Schulaeminden gezahlt werden sollen. Dieser Kommissionsvorschlag ist bereits bei der Verathung der neuen Steuerreform-gesetze angenommen. Es wird § 2 der Vorlage diskutirt, der für diejenigen Fälle Vorschläge trifft, in welchen über die Höhe der von der Schulaufsichtsbehörde gestellten Anforderungen zwischen dieser Behörde und der Schulgemeinde Streit entsteht. Abg. Brüll (Welfe) erklärt sich gegen die Vorlage. Abg. von Schenkendorf (natlib.) erachtet die Aufwendung bedeutend größerer Summen für erforderlich und die Volkschule auf ihrer gegenwärtigen Höhe zu erhalten. Abg. Graf v. Imburg-Stirum (konf.) erklärt aus woblwornen und sachlichen Gründen sich gegen den § 2, und erachtet ein besonderes Dotationsgesetz ohne gleichzeitigen Erlaß eines Schulgesetzes für erwünscht. Uebelstände in der Lehrerbildung erkennen auch wir an, aber es wäre ungerath, die Gemeinden deswegen so schwer zu belasten. Es wird am besten sein, die Schulfrage späterhin zusammenhängend zu erledigen. Redner erachtet es als einen Fehler, daß das Schulgeld aufgehoben wurde. Abg. N i e d e r t (freil.) wünscht zu hören, was der Kultusminister zum Erlaß eines besonderen Schuldotationsgesetzes denkt und bemerkt, Fürst Bismarck habe früher einmal das Schulgeld als die drückendste Kopfsteuer bezeichnet, während heute Graf Limburg dafür einträte. Kultusminister Dr. B o s s e : Ein Schuldotationsgesetz würde leicht auszuarbeiten sein, aber man muß doch auch einige Rücksicht haben, es durchzuführen. Es ist gewiß kein leichter Entschluß für einen Minister, wenn er einen Theil der den Selbstverwaltungsbehörden übertragenen Befugnisse aufheben will; aber das ist leider nöthig, wir kommen sonst nicht vorwärts. Der Minister verliest eine Reihe von Beschlüssen der Selbstverwaltungsbehörden, wonach diese z. B. selbst beim Vorhandensein von 340 Schülern die Anstellung eines vierten Lehrers ablehnten. (Hört! Hört!) Die Verantwortung für diese Zustände kann ich nicht tragen. Lehnt trotzdem die Landesverwaltung es ab, hier Hilfe zu schaffen, so übernimmt sie damit die Verantwortung für solche Zustände. (Lebhafter Beifall links.) Hierauf werden die einzelnen Paragraphen der Vorlage (2 u. 3) abgelehnt, nachdem auch ein Antrag Schenkendorf auf Kommissionsberatung abgelehnt war. Gegen den Vorschlag des Präsidenten, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die dritte Verathung der Steuererhebungsvorlage und der Ergänzungsteuer zu setzen, erhebt Abg. von Heereman Widerspruch und bittet, die dritte Lesung bis nach Klarstellung des Schicksals des Wahlgesetzes auszufragen, geht jedoch auf den Vorschlag des Präsidenten, die dritte Lesung zu beenden und nur die Gesamtabstimmung auszuführen, ein. Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Nachrichten aus dem Kreise und der Provinz.

Berlin, 5. Mai.

— Kz. Der Verein der Vororte zur Wahrung gemeinsamer Interessen, hielt am Donnerstags Abend im Braunen Saal des Grand-Hotel Alexanderplatz seine Generalversammlung ab, in welcher, nach einem Referat des Herrn Kreissekretärs Freise Neu-Rahnsdorf über die „Monatsarten-Reform“, beschlossen wurde, in einer Denkschrift an den Minister Thielens auf die Unzulänglichkeiten in diesen neuen Bestimmungen hinzuweisen und außerdem durch eine Deputation bei dem Minister in derselben Angelegenheit persönlich vorstellig zu werden. Die zahlreichen Klagen, die von Vorortbewohnern der verschiedensten Strecken über die neuen Bestimmungen vorgebracht wurden, führten die einstimmige Annahme obigen Beschlusses herbei. — Herr Dr. H e n t i g referirte sodann über das für die weitere gedehliche Entwicklung des Vereins wichtigste Thema „Lokale Organisation“. Auf seinen Antrag wurde beschlossen, zunächst an sämtliche Orts- und Lokal-Vereine in den Vororten die Aufforderung zum Beitritt ergeben zu lassen und durch Vertrauensmänner in jedem Ort die Interessen des Vereins fördern zu helfen. Von anderer Seite wurde die Bildung von Sektionen nach Maßgabe der einzelnen Bahnhöfe empfohlen und der Vorstand aufgefordert, dieser Frage näher zu treten. Ferner wurde beschlossen, die große Arbeitslast des Vorstandes dadurch zu vermindern, daß demselben das Recht eingeräumt werde, sich zu cooptiren und vor sieben auf elf Mitglieder zu verstärken. Die vier neuwahlgewählten Vorstandsmitglieder sind die Herren Bürgermeister P a s c h e , K u n z e n d o r f -Behlendorf, T h i e l e und U r i c h . Der letzte Punkt der Tagesordnung, „Stellungnahme des Vereins zur neuesten Wendung in der Frage der Vororte-Einverleibung“ wurde wegen der vorgeordneten Zeit abgesetzt und beschlossen, in längeren vierzehn Tagen eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, in welcher über das genannte Thema und über „Hypothekensachen und Landkassabank“ verhandelt werden soll.

— Die 22. Provinzialversammlung der Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Gnungen der Provinz Brandenburg wird am Montag, den 15. Mai, in Volgs-Festhallen in Berlin, Alte Jakobstraße 75, abgehalten werden. Jede dem Verbands angehörige Innung muß auf dem Verbandstage vertreten sein. Die Tagesordnung ist sehr reichhaltig. Unter Anderem ist aus derselben hervorzuheben, daß Herr Obermeister W o l l s c h l a g e r über den gegenwärtigen Stand der Sonntagsschule, sowie über die Stellungnahme des Verbandes zu den erstrebten Handwerker- bezw. Gewerbelammern referiren wird. — Ueber verschiedene Neueinrichtungen bei der Landgenarmerte wird mitgeteilt: Bisher

hatten die Gendarmen nur einen stark gefütterten Mantel zur Verfügung, welcher wohl für den Winter sehr praktisch, im Sommer bei Regenmeter aber den Beutanten sehr lästig war. Vom 1. April dieses Jahres ab haben nun die Fußgendarmen außer dem Wintermantel einen sommerlichen Mantel erhalten, welcher von leichterem Stoff ist. Gleichzeitig hat der Waffenrod eine Abänderung erfahren. Bisher trugen die Gendarmen durchweg schwebende Aufschläge und die vom Regiment mitgebrachten Schützenabzeichen auf dem linken Arm. Von jetzt ab werden brandenburgische Aufschläge und die Schützenabzeichen auf beiden Armen getragen. Den von dem Gardetorps eingetretenen Gendarmen ist das bisherige Recht, die Gardelilien weiter zu tragen, entzogen; die Uniform ist fortan eine völlig gleichmäßige. Es ist ferner die Neuerung erwähnenswerth, daß die Gendarmen jetzt nach 12^{1/2} statt nach 15-jähriger tabelloser Dienstzeit befördert werden, d. h. sie erhalten, insofern sie als Unteroffizier oder Sergeant vom Regiment gekommen sind, nach dieser Zeit den Offiziersbegehren mit dem silbernen Vortoppe. Die von einigen Blättern gebrachte Notiz, daß die Fußgendarmen Stahlshiden erhalten bestätigt sich nicht.

Fellow, 5. Mai.

— Auf dem Wege zwischen hier und Nowawes, etwa 7 Kilometer vom letzteren Orte entfernt, begegneten am Dienstag Abend um 1/8 zwei auf der Wunderschaft befindliche Männer einem anderen feingeliebten Manne, der sich bei ihrer Annäherung schnell ins Gebüsch entfernte, und gleich darauf hörten sie zwei Schüsse. Die beiden Männer eilten herzu und fanden den Fremden, der einen hellen Fadetanzug trug mit durchschoffener Schläfe, jedoch noch lebend, am Boden liegen. Der Revolver fand sich ein paar Schritte von ihm, mit noch vier Kugeln geladen, vor. Den Hingekommenen bezeichnete sich der Selbstmörder, der zuerst angab, verunglückt zu sein, als den Reisenden Leo A b r a h a m aus B e r s w a l d e . Die Wundwunden nahmen den Revolver an sich und begaben sich nach Nowawes, wo sie um 10 Uhr Abends dem Amtsdienste von dem Vorgange Meldung machten. Der Amtsdienst wies jedoch die Leute, da der Thäter nicht zu seinem Bezirk gehört, an den in Kohlbasenbrud wohnenden Waldwärter; dieser ging der späten Stunde halber aber auch nicht mehr hinaus, und als nun am Mittwoch früh zwei Gendarmen sich nach dem Thortore begaben, fanden sie den Selbstmörder in bejammernswerthem Zustande, noch lebend vor. Derselbe wurde nunmehr mittelst Wagen nach dem Oberlinhause in Nowawes gebracht, wo er bis zur Stunde noch lebt. Ob Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens vorhanden ist, war bisher noch nicht festzustellen. Der Thatsache wurde gestern durch Herrn Amtsdienstbesitzer W i l d e zu Protokoll genommen. So erzählt der „Potsdamer General-Anzeiger“, dem wir die Verantwortung für diese laum glaubliche Geschichte überlassen müssen.

Colonie-Grünwald, 5. Mai.

— Q. In Restaurant Grünwald fand am Dienstag der ordentliche Monats-Versammlung der freien Vereinigung hiesiger Willenbesitzer unter ganz außerordentlich reger Theiligung statt. Nachdem das Protokoll der letzten Sitzung verlesen war, erfolgte zunächst zu Punkt 1 der Tagesordnung, Geschäftliches, die Mittheilung, daß in der Kürze die Erbauung eines Arris- und Spritzenhauses erfolgen wird; auch soll für vollständige Einrichtung von Vöschgeräthschaften Sorge getragen werden. Die von den Willenbesitzern übernommene Verpflichtung zur Stellung der Bedienungsmannschaften und der zum Fortschaffen der Geräthe erforderlichen Pferde machte bei der sorgfältigen Bewahrung keine große Schwierigkeiten und wurde ohne Weiteres aufgelöst. Hierbei sei bemerkt, daß die hiesige freiwillige Feuerwehr am vergangenen Sonntage bei einem Waldbrande zum ersten Mal in Aktion getreten, sehr flink zur Stelle gewesen ist und mit Umsicht die Vöschung des Brandes bewirkt hat. Eine fernere Mittheilung betrifft den neu angelegten Kirchhof und die darauf erbaute prächtige Kapelle, welche der Kolonie zur Zierde gereicht. Der Kirchhof wird durch einen geschmackvollen festen Bretterzaun eingefriedigt werden. Die Schritte, die gethan sind, der zu bildenden Gemeinde die B a d e - a n s t a l t zu erhalten, scheinen auch von Erfolge gekrönt zu sein. Die Kurruferdammen-Gesellschaft hat recht hübsche Wege dorthin anlegen lassen; ebenso scheint die an die Königliche Eisenbahn-Direktion Berlin gerichtete Petition um Verlängerung des Personen-Tunnels auf Station Grünwald bis zur Höhe des Vorplatzes ein geneigtes Entgegenkommen gefunden zu haben. Nachdem die Aufnahme von fünf neuen Mitgliedern erfolgt war, berichtete Herr Bauinspektor K i n t e über das Ergebnis der beabsichtigten zweckmäßiger Sickergruben angelegten Untersuchungen. Der Ausschuss empfiehlt eine vollständige Trennung der dabei in Betracht kommenden verschiedenen Abwässer und zwar in folgender Weise: 1. Ableitung des Regenwassers entweder oberirdisch zur Befestigung der Rasenflächen oder unterirdisch in ganz einfache Gruben von 1 bis 2 Meter Tiefe, die mit Klamotten und Kies gefüllt sind, 2. Abführung der Wirtschaftswasser und Badewasser in besonders durchlässig eingerichtete Gruben, nachdem dieselben einen Fettkopf oder Schlammfang passiert haben. Die Befestigung dieser beiden Anlagen bietet in sanitärer Beziehung nicht die geringste Gefahr, dagegen sei mit Vorsicht bei Abführung der dritten Art, der Klosettwasser, zu verfahren. Es wird empfohlen, dieselben in undurchlässige Gruben zu leiten und vermittelst Tonnenwagen abzuführen, oder dieselben durch Kalkmilch oder andere Mittel zu desinficiren und geruchlos zu machen und sie dann zur Düngung der Gemüselfelder zu verwenden. Ganz abgesehen davon, daß die Wasser nach dem Prozeß ein ausgezeichnetes Düngemittel seien, liege auch bei dieser Behandlung und Verwendung in sanitärer Beziehung kein Bedenken vor. Gleichzeitig erfolgte noch die Mittheilung, daß die Herstellung eines Anschlusses an die in Schmaragdort jetzt zur Ausführung gelangende Kanalisation, sich in Vorbereitung befindet. Der auf Veranlassung der Sagenen eingebrachte Antrag rief eine äußerst lebhaft abgeleitete Debatte hervor, wurde aber abgelehnt; es wurde jedoch beschlossen denselben als Material für eine spätere Verhandlung zu den Akten zu nehmen. Nachdem Beschluß der Sitzung, folgte noch ein längeres gemüthliches Beisammensein der Mitglieder.